

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen Bürger:innen Forums



AZB 4001 Basel
Europäisches Bürger:innen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

Mit Kerzenlicht den Verstorbenen gedenken. Foto: Le DL / Y.G.

FRANKREICH / ITALIEN

Ein harter Winter an der Grenze

Das Engagement für Geflüchtete an der französisch-italienischen Grenze geht weiter, und zwar in einem Umfeld, das feindseliger ist denn je. Die Abschiebungen auf dem Alpenpass von Montgenèvre an der französisch-italienischen Grenze zwischen Briançon und Oulx haben im Herbst 2025 wieder zugenommen.

Der französische Staatsrat¹ hatte mit seiner Entscheidung vom 2. Februar 2024 die Praxis dieser Abschiebungen nach Italien für rechtswidrig erklärt. Dieser Beschluss hatte bewirkt, dass die Rückführungen gestoppt wurden – mit der Idee, dass dieser Abschiebestopp endgültig sein würde. Leider handelte es sich aber nur um eine vorübergehende Aussetzung, die bis zum November desselben Jahres dauerte. Kurz nach der Ernennung von Bruno Retailleau zum Premierminister wurden die Rückführungen fast systematisch wieder aufgenommen. Was die Behörden früher als «Einreiseverweigerung» nach Frankreich bezeichneten, wird heute als «Rückübernahme» nach Italien verkauft. Das steht eher im Einklang mit den Abkommen von Chambéry, die sich mit «der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Polizei- und Zollangelegenheiten» befassen. Die an der

Grenze eingesetzten Polizeikräfte wurden ab Mai 2025 durch mehrere Dutzend Beamte von den Spezialeinsatzkräften der «Compagnies Républicaines de Sécurité» verstärkt.

Die Atempause ist vorbei

Die Überwachung der Grenze durch Drohnen wurde von der Präfektur des Departements Hautes-Alpes im Rahmen der Militäroperation «Sentinelle» genehmigt. Und der Einsatz des Systems «Border Force», das im Februar 2023 unter der Regierung von Elisabeth Borne geschaffen wurde, ist seit der Regierung Bayrou auf alle Grenzen Frankreichs ausgeweitet worden. Auch wenn diese «Grenzstreitkraft», die Polizei, Gendarmerie, Armee und Zoll vereinen soll, derzeit eher eine Ankündigung als konkrete Realität ist, muss man feststellen, dass alle diese Ordnungskräfte zwischen Briançon und Montgenèvre bereits mit dem gemeinsa-

men Ziel zusammenarbeiten, den Militarisierungsgrad dieser Grenze zu erhöhen.

Die Bürger:innen-Initiative «Tous Migrants» sammelt regelmässig Berichte über Polizeigewalt und Rechtsverletzungen. Seit einigen Monaten ist eine Rückkehr bestimmter Praktiken zu beobachten, wie Verfolgungsjagden auf Flüchtende in den Bergen und damit einhergehende Verletzungen und Gefährdungen, die zwischen Februar und November 2024 nicht mehr gemeldet worden waren. «Das Schlimmste ist jedoch, dass der Zugang zu medizinischer Versorgung permanent verweigert wird, selbst für sehr schutzbedürftige Menschen, die ärztliche Hilfe oder zumindest eine Untersuchung durch Fachpersonal benötigen. Wir reden hier zum Beispiel von schwangeren Frauen, die abgewiesen bzw. abgeschoben werden, von nicht beachteten Erkrankungen, ganz zu schweigen von den unwürdigen Bedingungen im Gewahrsam der Grenzpolizei vor der Abschiebung, auch für Kinder», sagt eine Mitarbeiterin des Vereins.

Abschiebung im Morgengrauen

Zusätzlich zu den verschärften Grenzkontrollen wird der Zugang zu Rechten mit jeder neuen Gesetzesänderung für alle Ausländer:innen komplizierter, auch für diejenigen, die seit Jahren einen regulären Aufenthaltsstatus haben und trotzdem immer längere und komplexere Formalitäten durchlaufen müssen, um ihre Aufenthaltsgenehmigungen zu verlängern. Ausserdem werden für mehrjährige Aufenthaltsgenehmigungen und für die Einbürgerung immer höhere Französischkenntnisse verlangt. Nach den rassistischen



« Das Refuge Solidaire bietet weiterhin bedingungslose Aufnahme für die Schutzsuchenden.»

Razzien, welche die Regierung Retailleau Ende Juni dieses Jahres organisiert hatte, und nach der Jagd auf Ausländer-innen, die in den Gefängnissen unter einem Ausweisungsbescheid (OQTF)² standen, wollte das Département Hautes-Alpes nicht zurückstehen und organisierte am 11. September einen beunruhigenden Ausweisungsversuch. Im Morgengrauen an diesem Tag wurde ein Ehepaar

aus der Elfenbeinküste und ihre beiden kleinen Kinder in der Notunterkunft von Gap festgenommen, wo sie vorübergehend untergebracht waren. Sie sollten am selben Vormittag nach Italien abgeschoben werden, ohne jegliche rechtliche Grundlage und ohne nachvollziehbare Logik (warum Italien?). Die

Abschiebung wurde mit der OQTF begründet, welche die Familie bei der Ablehnung ihres Asylantrags erhalten hatte und gegen die sie sofort Rechtsmittel einlegte. Dadurch war jede Abschiebungsmassnahme rechtlich ausgesetzt. Nur dank der starken Mobilisierung mehrerer solidarischer Initiativen auf beiden Seiten der Grenze konnte die Familie nach Gap zurückgebracht werden, zutiefst traumatisiert, aber entschlossen, Klage gegen die Präfektur einzureichen.

Viele Familien und Frauen mit Kindern

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Faschisierung der Institutionen und der öffentlichen Meinung organisieren sich die in der französischen Grenzstadt Briançon und ihrer Umgebung aktiven Kollektive und Vereine für die Wiederaufnahme ihrer Winteraktivitäten zur Unterstützung der Geflüchteten, die immer gefährlichere Wege in Kauf nehmen müssen, um an einen sicheren Ort zu gelangen. Die nächtlichen Streif-

züge («maraudes»), um Geflüchtete in Bergnot zu finden, werden dank der gemeinsamen Aktion des Kollektivs RDRM (Réduction des Risques en Montagne, ehemals Collectif Maraude), der Vereine Tous Migrants und RIB (Réseaux Inter Briançonnais) und der NGO Médecins du Monde bald wieder aufgenommen.

Das «Refuge Solidaire» in einem ausgedienten Sanatorium in Briançon bietet weiterhin bedingungslose Aufnahme für die Schutzsuchenden. Nach dem drastischen Personalabbau aufgrund des Finanzierungsrückgangs im Frühjahr 2025 scheint der Verein nun eine relativ stabile Arbeitsweise gefunden zu haben. Im September und Oktober wurde die Unterkunft jedoch durch die Ankunft von Menschen, die hauptsächlich aus dem Horn von Afrika (Eritrea und Äthiopien), aber auch aus dem Sudan und dem Maghreb kamen, weit über ihre Kapazitäten hinaus beansprucht. Zudem sind seit dem Frühjahr ausserordentlich viele Familien und alleinstehende Frauen mit kleinen Kindern zu verzeichnen.

«Die Atmosphäre verändert sich, wenn Kinder im Haus sind», so die Mitarbeiterin von «Tous Migrants»: «Natürlich freut sich niemand darüber, dass Kinder eine solche Unterkunft benötigen. Aber man kann feststellen, dass die Spannung, die an diesem Ort herrscht, doch ein wenig nachlässt, wenn Kinder da sind.» Auf die Frage, ob der Zugang zu Rechten für Familien und alleinstehende Frauen oder Frauen mit Kindern einfacher ist, lässt die Antwort keinen Zweifel: «Nein, es ist eine Qual! Selbst der Zugang zu Notunterkünften unter der Notfallnummer 115 ist nicht selbstverständlich. Und für diejenigen, die nach Paris oder Calais gehen, ist es so gut wie sicher, dass es keine Unterkunftsmöglichkeit gibt.»

Im Laufe der letzten Saison hat das «Collectif Maraude» einen internen Diskussions- und Umgestaltungsprozess eingeleitet, der neben der Umbenennung in RDRM auch zu einer Erweiterung seiner Aktionen geführt hat.

Erweiterte Aktivitäten

Es werden regelmässig Einsätze organisiert, um die zwischen Briançon und dem Grenzpass Montgenèvre gelegenen Pfade und Wege, die vor allem nachts von flüchtenden Menschen nach der Grenzüberquerung benützt werden, neu zu befestigen und instand zu halten. Ausserdem wurde eine Hotline eingerichtet, auf der die Menschen in Not Hilfe rufen können, ohne dass die Polizei eingeschaltet wird. Die neue Strategie des Kollektivs zielt darauf ab, eine grössere Anzahl von potentiellen Helfer-innen zu erreichen, indem es zusätzlich zu den nächtlichen Streifzügen auch Tagesaktivitäten anbietet. Gleichzeitig will das Kollektiv eine Vorgehensweise finden, welche die Autonomie der Flüchtenden weitestgehend respektiert, um vom «Syndrom des weissen Retters» wegzukommen.

Enrico Bonadei,
Réseaux Inter Briançonnais RIB*

*Der Verein RIB stellt den Aktivist-innen des Kollektivs RDRM eine Wohnung und ein Auto zur Verfügung. Ausserdem unterstützt er logistisch und finanziell das Refugium «Chez Marcel» in Briançon. RIB bietet Hilfe durch eine Kasse für Notfälle an und hat zur Gründung der Zeitschrift «Ravages – Chroniques de lutte à la frontière franco-italienne» beigetragen.

1. Der franz. Staatsrat (Conseil d'État) ist das oberste Verwaltungsgericht und ein Beratungsgremium der Regierung in Rechtsfragen. Die Entscheidung vom 2.2.2024 und der damit verbundene freie Reiseverkehr führte dazu, dass die Migrant-innen die Grenze gefahrlos passieren konnten. Sie wurden dadurch nicht etwa zu einem Sicherheitsrisiko für Frankreich, wie immer behauptet wird, um das restriktive Grenzregime zu rechtfertigen.

2. OQTF= L'Obligation de Quitter le Territoire Français (dt. «Die Verpflichtung, das französische Territorium zu verlassen»), franz. Ausweisungsbescheid

Kriege und Rohstoffabbau

Zwei Aktivisten, Hamed von «Sudfa»¹, einem von sudanesischen Exilant:innen in Frankreich gegründeten Medienunternehmen, und Jordi, von «Génération Lumière», einem von jungen Kongoles:innen in Lyon gegründeten «Verein für dekoloniale Ökologie und internationale Solidarität», tauschen sich über die aktuellen Kriege im Kongo und im Sudan aus und beleuchten dabei die Logik der neokolonialen Ausbeutung sowie Wege der Solidarität zwischen den Völkern.²

Hamad: Vor etwa zwei Jahren begann im Sudan ein Krieg, der die Fragilität unserer heutigen Welt verdeutlicht. Wir erleben eine der schwersten Katastrophen der Welt, die in völliger Stille stattfindet. Man spricht davon, dass 80 Prozent der Krankenhäuser nicht mehr funktionsfähig sind. Man spricht davon, dass 20 Millionen Sudanese:innen, also die Hälfte der Bevölkerung, aus ihrer Heimat geflüchtet sind, entweder ins Ausland oder in eine andere Region innerhalb des Landes. Man spricht davon, dass 90 Prozent der Sudanese:innen heute in den Kriegsgebieten Hunger leiden und dass 15 Millionen Kinder seit 2023 keine Schule mehr besuchen können. Das Ungewöhnliche daran ist das Schweigen der ganzen Welt.

Jordi: Im Gegensatz zum Sudan ist das Besondere im Fall des Kongos, dass es sich um einen sehr gut dokumentierten Konflikt handelt. Seit mehr als 30 Jahren dokumentiert eine Expert:innengruppe der Vereinten Nationen, die über eine jährliche Finanzierung von einer Milliarde Dollar verfügt, jedes Jahr die Entwicklung des Konflikts – das zeigt ein wenig den grotesken Charakter dieser Situation. Seit mehr als 30 Jahren tut sie das,

obwohl die kongolesische Frage im Grunde genommen recht einfach zu verstehen ist. Es ist eine reine Frage der Ressourcen. Was im Kongo geschieht, hängt mit dem sogenannten Extraktivismus zusammen. Denker:innen und Aktivist:innen aus Lateinamerika haben dieses Konzept entwickelt, um zu erklären, dass das Ende der Kolonialreiche niemals das Ende der imperialen Logik bedeutet hat: Länder als Rohstofflieferanten und Kornkammern zu haben, die man ausbeutet, bis nichts mehr übrig ist, wobei nur der externe Markt davon profitiert. Länder, die man quasi an einen internationalen Markt kettet und denen ganz einfach gewisse Rollen zugewiesen werden.

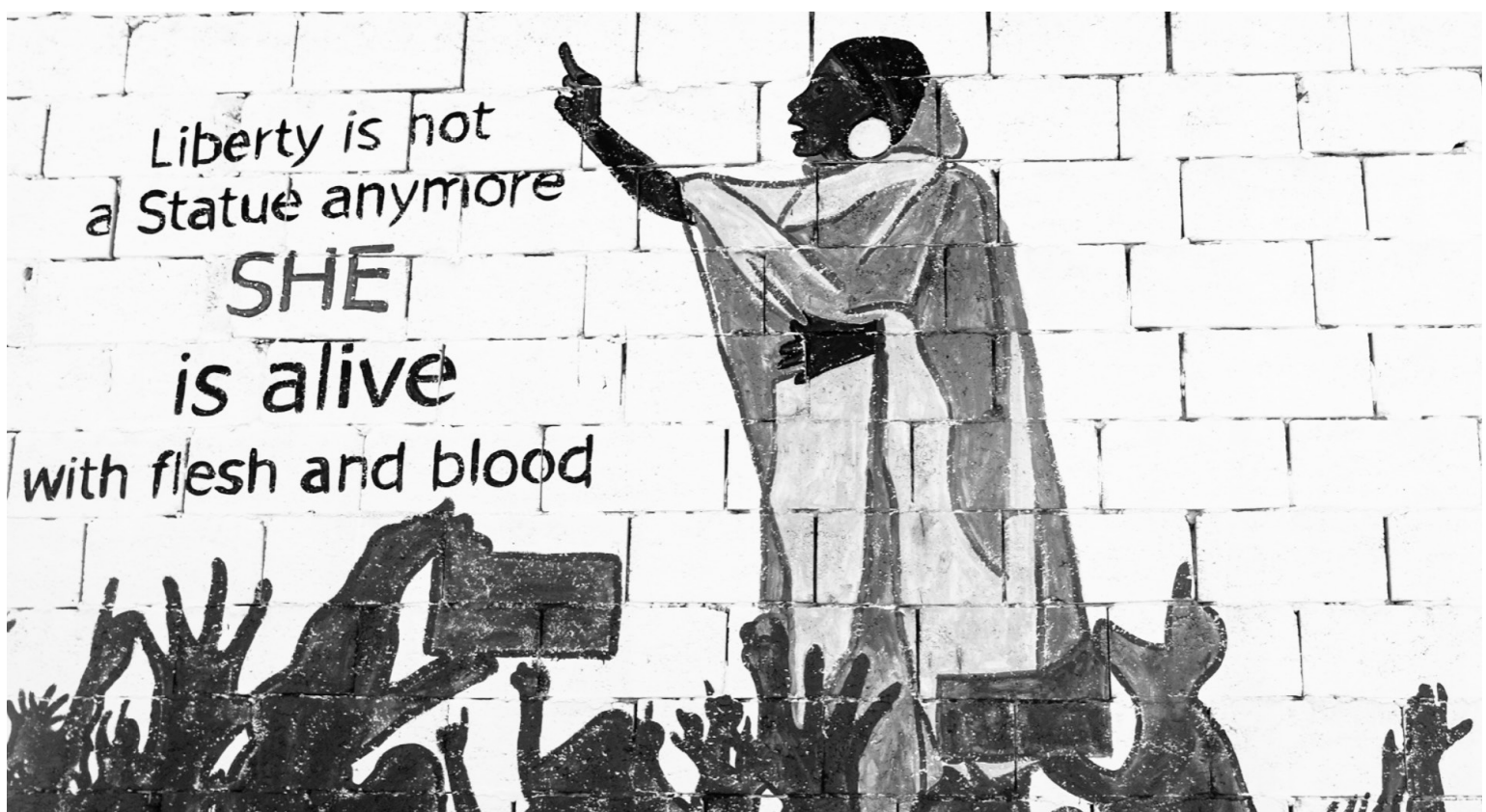
Hamad: Die Kriege im Sudan und im Kongo zeigen, wie die natürlichen Reichtümer eines Landes Instabilität schüren, anstatt dass die lokale Bevölkerung von diesem Reichtum profitieren würde. Im Sudan spricht man von Gold, Öl, Ackerland... Es ist ein strategisch wichtiges Land, das bis 2011 an neun Länder grenzte und Zugang zum Roten Meer hat, das militärisch gesehen ein strategisch sehr wichtiger Bereich ist. Der aktuelle Konflikt hängt nicht nur mit den Gründen zusammen,

die am häufigsten genannt werden, wenn man sagt, dass es sich um einen Machtkampf zwischen zwei Generälen handelt. Dieser Krieg hat seine Wurzeln in der Kolonialzeit, die massgeblich zur Spaltung der sudanesischen Bevölkerung, zur Stigmatisierung bestimmter Teile der Bevölkerung und zur ethnischen und stammesbezogenen Spaltung des Landes beigetragen hat.

Die Briten, die den Sudan kolonisiert hatten, führten ein System der Segregation ein: Sie teilten die multiethnische sudaneseische Bevölkerung in zwei Kategorien ein. Die erste Kategorie umfasste diejenigen, die vom Kolonialsystem profitierten und als Verbündete galten, die von allen Reichtümern des Landes und dem eingeführten System profitierten, und auf der anderen Seite standen diejenigen, die marginalisiert wurden. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit stellte man fest, dass es zwei voneinander getrennte Gesellschaften gab. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit des Sudan im Jahr 1956 brach im Süden ein Krieg aus, weil es Gruppen gab, die zu den Waffen griffen, um einen Platz für die Südsudanese:innen innerhalb des Staates zu erstreiten und ihre Marginalisierung und Ungerechtigkeit aufzuheben. Dieser Krieg breitete sich nach und nach auf alle Teile des Landes aus, insbesondere auf Darfur, die Region des Blauen Nils, die Nuba-Berge und Kordofan. Und diese Art von Krieg wird immer wieder durch andere lokale Gründe angeheizt. Das heisst, dass sich irgendwo im Land eine bewaffnete Gruppe bildet, die versucht, die Kontrolle über ein Gebiet und dessen Ressourcen zu erlangen, aber immer in Verbindung mit einer anderen Gruppe oder einem anderen Land, das von aussen «Hilfe» leistet und von diesem Reichtum profitieren will.

Jordi: Im Kongo konzentrierte sich der Krieg während des sogenannten «Coltan-Booms» sehr stark auf den Osten der Demo-

« Dieser Krieg hat seine Wurzeln in der Kolonialzeit »



Die Künstlergruppe Kesh Malek ehrt die sudaneseische Aktivistin Alaa Salah. Foto: April 2019 im Nordwesten Syriens. Omar Haj Kadour / AFP

kratischen Republik (DR) Kongo. Coltan ist eines der «Schlüsselmineralien» für die Herstellung digitaler Geräte. Ohne Coltan kann man keine Prozessoren herstellen, keine Computer, Handys usw.! Gegen Ende der 1990er Jahre kam es zum Internetboom, zum Boom einer ganzen neuen Generation von Produkten, für die diese Ressource benötigt wird. Und der Kongo verfügt über fast 60 bis 80 Prozent der weltweiten Coltan-Reserven. Dieser Boom fiel jedoch mit einer politischen Übergangsphase in der DR Kongo zusammen. Fast 32 Jahre lang war Mobutu, der als «Freund des Westens» galt, an der Macht. Nach seinem Tod stellte sich die Frage, welcher politische Führer diesen riesigen Markt übernehmen und die strategischen Interessen des Landes vertreten würde. Dann kamen neue Akteure ins Spiel, vor allem Ruanda und Uganda, die Nachbarländer im Osten des Kongo. In dieser Region sind die Grenzen durchlässig; die Bevölkerung ist es gewohnt, sich frei zu bewegen, und es ist relativ einfach, irgendwelchen Gruppen die Einreise in den Kongo zu finanzieren, um sie dort die Bodenschätze abbauen zu lassen. Der Konflikt ermöglicht es noch dazu, die Preise für die Rohstoffe niedrig zu halten, um einen Markt zu finanzieren, der gerade extrem boomt.

So brach der sogenannte Zweite Kongo-Krieg aus. Ein Krieg zwischen Nachbarstaaten auf kongolesischem Gebiet um kongolesische Rohstoffe, mit einem Block, welcher der kongolesischen Regierung nahestand, und einem Block der Nachbarstaaten. Das funktionierte jedoch nicht ganz, weil der dama-

lige Präsident der DR Kongo, Laurent-Désiré Kabila, noch Widerstand leistete. Nach seiner Ermordung im Jahr 2001 stellte sich dann die Frage, wie dieser rohstoffreiche Teil der DR Kongo im Einflussbereich der Nachbarstaaten bleiben könnte. Es mussten also Erklärungen gefunden werden, die möglichst legitim erschienen und den Konflikt verschleierte, indem sie die ethnische Frage in den Vordergrund stellten: Ethnien im Kongo, in Ruanda und in Uganda, die systematisch diskriminiert, systematisch aus dem Staatsapparat ausgeschlossen, und sogar ermordet werden. Diese Argumentation wurde sehr weit getrieben, um zu rechtfertigen, dass die Nachbarstaaten eingreifen, um die Interessen ihrer ethnischen Gruppen zu schützen. Erinnern wir uns an den Kontext der 1990er Jahre, den grossen Völkermord an den Tutsi in Ruanda. Das darauffolgende Regime in Ruanda behauptet, die Interessen der Opfer mit seinem Eingreifen im Nachbarland zu verteidigen, und versucht so, auf der internationalen Bühne sein Vorgehen zu legitimieren.

In der Zwischenzeit kam es zu einer extremen Militarisierung des Konflikts mit bewaffneten Banden, die überall Massaker verübten. In 30 Jahren gab es in dieser Region ca. 6 Millionen Tote. In den 1990er Jahren gab es fünf oder sechs bewaffnete Banden, heute sind es mehr als 200. Warum? Diese Grenzregion ist reich an Gold-, Coltan-, Zinn- und anderen Mineralien. Und ein Teil dieser Milizen, dieser Kriegsherren, geht in den Kongo, weil es dort einfacher ist, die Mineralien zu gewinnen. Es sind keine industriellen

Anstrengungen erforderlich, man muss nicht bohren, man muss nicht über grosse Unternehmen gehen, um reich zu werden. Coltan wird auf handwerkliche Weise mit Schaufeln abgebaut. Der Grossteil des Coltan-Geschäfts liegt also überhaupt nicht in den Händen des Staates, sondern wird heimlich betrieben.

Im Jahr 2020 stellte sich heraus, dass der Kongo nicht mehr der weltweit grösste Coltan-Produzent war, sondern von Ruanda um einige tausend Tonnen überholt worden war, das mit fast 4.000 bis 5.000 Tonnen pro Jahr über Nacht zum weltweit grössten Coltan-Produzenten aufstieg. Wie wäre das anders möglich gewesen, wenn nicht dank des Schmuggels kongolesischer Mineralien? Schnell war festzustellen, dass diese Tatsache unter den Staaten international ein offenes Geheimnis war. In Wirklichkeit wusste jeder, dass Ruanda zu einer Drehscheibe für im Kongo gewonnene Rohstoffe geworden war. Doch das ist noch nicht alles: Heute gibt es kein einziges Digitalunternehmen, das schlüssig zertifizieren könnte, dass das Coltan in seinen Produkten nicht aus diesen Kriegsgebieten stammt. Das ist dramatisch.

Lesen Sie die Fortsetzung dieses Austauschs in der nächsten Ausgabe von Archipel.

Das Team von Sudfa

1. Sudfa ist ein partizipatives französisch-sudanesisches Medienprojekt.

2. Am 23. Mai 2025 wurde Sudfa Media von der «Coordination Régionale Anti-Armements et Militarisme» (Region AURA) eingeladen, um mit der Vereinigung «Génération Lumière», über die Lage im Sudan und in der Demokratischen Republik Kongo zu diskutieren.

ÖSTERREICH

Grobe Missachtung rechtlicher Grenzen

Am 27. Juli 2025 stürmte die Polizei ein antifaschistisches Jugendcamp am Peršmanhof – einem Lern- und Gedenkort in Bad Eisenkappel/Železna Kapla, an dem 1945 ein SS-Massaker verübt wurde.¹ Drei Monate später liegt der Bericht der vom Innenministerium eingesetzten Expert*innenkommission vor – und ihr Urteil ist eindeutig: Der Einsatz war «in mehrfacher Hinsicht unverhältnismässig, rechtswidrig und zweifelhaft».

Was sich im Sommer in Kärnten/Koroška ereignete, war keine bedauerliche Panne. Es war Ausdruck einer politischen und administrativen Aufrüstung im Denken, einer routinierten Feindbildproduktion, die antifaschistisches Engagement als Sicherheitsrisiko behandelt. In Völkermarkt formierte sich ein bemerkenswert entschlossenes Ensemble aus Behörden: das Landesamt für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung, die Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt, das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl, dazu Streifen, Drohnen, Hubschrauber, Polizeihunde und die Spezialeinheit SIG. Alles im Einsatz – gegen ein Bildungscamp junger Menschen,

die sich mit Erinnerung und Demokratie beschäftigten.

Der Bericht zeigt ein vielschichtiges Behördenversagen: Die Initiative ging von einem Beamten aus, der dazu gar nicht befugt war. Der Bezirkshauptmann blieb passiv, obwohl er formal Einsatzleiter war. Rechtsgrundlagen wurden gedehnt oder erfunden – § 36 des Fremdenpolizeigesetzes diente als Vorwand, ohne dass ein einziger begründeter Verdacht vorlag. Identitätsfeststellungen und Festnahmen erfolgten unrechtmässig, der massive Mitteleinsatz versties gegen das Prinzip der Verhältnismässigkeit. Das Innenministerium hat inzwischen disziplinar- und

strafrechtliche Konsequenzen angekündigt. Doch politische Verantwortung bleibt aus. Der Minister sah sich in einer Pressekonferenz vor allem bemüssigt, die österreichische Polizei als Ganzes in Schutz zu nehmen – und bestätigt damit unfreiwillig, was der Bericht selbst nahelegt: dass in der Exekutive nicht Einzelne, sondern eine Kultur des Wegschauens, des Misstrauens gegenüber antifaschistischem und zivilgesellschaftlichem Engagement sowie einer unseligen Kumpanei unter Gleichgesinnten am Werk war.

Der Peršmanhof steht für den antifaschistischen Widerstand in Kärnten/Koroška – und für die fragile Erinnerung daran. Wer ausgerechnet dort ein solches Vorgehen verantwortet, beschädigt mehr als nur ein paar Paragraphen. Er beschädigt die Grundlagen einer demokratischen Kultur und tritt jenes «Nie wieder» mit Füßen, welches das moralische Fundament der Zweiten Republik sein sollte. Wenn weiterhin geleugnet wird, dass es im Polizeiapparat erhebliche Probleme im demokratischen Selbstverständnis gibt, bleibt der Eindruck: Der Rechtsstaat wird zwar zitiert, aber nicht verstanden.

Klaus Schönberger*

23. 10. 2025, am Tag der

Veröffentlichung des Kommissionsberichts

*Klaus Schönberger ist Kulturwissenschaftler an der Universität Klagenfurt/Celovec und Mitglied des Kulturremiums des Landes Kärnten/Koroška.

1. Siehe auch: Archipel Nr. 350, September 2025, «Polizeiübergriff auf NS-Gedenkstätte».

Pinar Selek – lebenslänglich angeklagt?

Istanbul, 21. November 2025: Nach einer Stunde der sechsten Verhandlung im fünften Prozess gegen die Soziologin und Schriftstellerin Pinar Selek, (nachdem sie in den letzten 27 Jahren bereits viermal freigesprochen worden war), verurteilt das Gericht den Prozess erneut – auf den 2. April 2026 um 9:45 Uhr. Der Haftbefehl vom 31. März 2023 bleibt bestehen. Es hat sich wieder nichts geändert.

In Istanbul, Marseille, Nizza, Strassburg, Lyon und an vielen anderen Orten sind wir voller Wut. Aber wir spüren auch eine unglaubliche Kraft und Solidarität, die uns mit Pinar verbindet, die mit ihrer unschlagbaren Energie und ihrem strahlenden Lächeln überzeugt, nachdem sie eine halbe Stunde lang die Enttäuschung verdaut hat, dass – wieder einmal – der türkische Staat mit seiner reaktionären Regierung an seiner erbärmlichen Macht festhält und sie nicht freispricht, obwohl die Anklageakte leer ist. Ihre ersten Sätze nach der Verkündung dieses «neuen» Urteils: «Sie glauben immer noch, mich ermüden zu können, aber sie werden es nicht schaffen, die Glühwürmchen auszulöschen. Das Feuer der internationalen Solidarität breitet sich aus, die Glut verteilt sich. Es ist die Macht, die verloren geht.»

Marseille – Istanbul

Dieses Mal waren es die Freundinnen, Freunde und Unterstützer:innen aus Marseille, die das Treffen mit und um Pinar Selek organisiert hatten: Der erste Teil fand im IMERIA, Institut für fortgeschrittene Studien der Universität

Provence Aix-Marseille statt, und der Abend in der grossen Bibliothek Alcasar. Parallel zu der Live-Schaltung nach Istanbul, wo eine internationale Delegation von 35 Akademiker:innen, Anwält:innen, Vertreter:innen von Menschenrechtsorganisationen etc. am Prozess teilnahm, gab es Beiträge von Wissenschaftler:innen, Künstler:innen, Autor:innen, Feminist:innen und anderen solidarischen Menschen. All dies wurde untermalt von Widerstandsliedern aus verschiedenen Ländern, gesungen von befreundeten Musiker:innen. Texte von Pinar wurden wunderbar von einer Geschichtenerzählerin und der grossartigen Schauspielerin Ariane Ascaride, einer engen Freundin von Pinar, vorgetragen und gelesen. An dieser Stelle empfehle ich Ihnen übrigens wärmstens, die Schriften von Pinar Selek zu lesen. Sie sind unglaublich reichhaltig, sehr poetisch, politisch und analytisch. Sie hat viele Bücher geschrieben, von denen einige auch auf Deutsch veröffentlicht wurden.

Der Prozess

Während des Prozesses und bis zum Ende des Vormittags standen wir per Textnachrichten

in direkter Verbindung mit den Freund:innen im Gerichtssaal in Istanbul. Eine Nachricht ist mir besonders aufgefallen: Einer der Anwälte erklärte, dass laut Verfassungsgericht Personen mit dem Status «flüchtig» freigesprochen werden können, sofern sie ihre Anhörung aus der Ferne absolvieren, also per Videoübertragung an der Verhandlung teilnehmen, und sogar ohne diesen Schritt. Vielleicht könnte dies bei der nächsten Verhandlung die Situation verändern. Bislang war eines der Argumente, wenn nicht sogar das Hauptargument für die jahrelange Verschiebung des Prozesses, dass ohne die physische Anwesenheit der Angeklagten kein Urteil möglich sei. Bemerkenswert ist auch, dass Interpol den Antrag der türkischen Behörden auf eine «rote Ausschreibung»* gegen Pinar weiterhin ablehnt, da die Kriterien für ein solches Vorgehen in ihrem Fall überhaupt nicht erfüllt sind.

Die Unschuld von Pinar ist also erneut eindeutig bewiesen, und wir werden gemeinsam mit ihr weiterkämpfen, bis sie endgültig freigesprochen wird. Dieser Kampf symbolisiert alle Kämpfe für das Recht auf freie Meinungsäusserung, für die akademische Freiheit, die Rechte unterdrückter Minderheiten, die Gleichstellung von Frauen und LGBTQ+ in allen Bereichen. Nach 27 Jahren Verfahren und gerichtlicher Schikane gegen Pinar Selek und ihr Engagement werden wir nicht aufgeben und ihr weiterhin zur Seite stehen!

Constanze Warta

*Eine rote Ausschreibung ist eine internationale Fahndungsmeldung, die von Interpol auf Antrag einer Polizeibehörde verbreitet wird, um ihre Kollegen weltweit um die Lokalisierung und Festnahme einer Person zu bitten, die von einer nationalen Gerichtsbarkeit oder einem internationalen Gericht gesucht wird, um ihre Auslieferung zu erreichen. Jedes Mitgliedsland entscheidet selbst, welchen Stellenwert es einer roten Ausschreibung beimisst.

Siehe auch folgende Artikel: «Wir sind alle Zeug:innen», 13.05.2025, Archipel Nr. 347; «Der Prozess gegen Pinar Selek», 14.04.2023, Nr. 324; «Justizschikane gegen Pinar Selek», 11.02.2023, Nr. 322.

MIGRATION/BUCHTIPP

«Der lange Winter der Migration»

Zehn Jahre ist es her, dass Selbstbestimmung und politischer Kampf, Durchhaltevermögen und kollektive Energie zum «Sommer der Migration» geführt haben, der Europa nachhaltig veränderte.

Aus diesem Anlass haben fünf Schriftsteller:innen, die um 2015 aus Syrien, Afghanistan und Iran in den deutschsprachigen Literaturraum gekommen sind, Erzählungen und Essays verfasst.

In der Anthologie «Der lange Winter der Migration» sind ihre Texte in drei Sprachen (Arabisch, Farsi, Deutsch) zu lesen. Das Buch ist dem Schriftsteller Jad Turjman gewidmet, der 2022 mit nur 32 Jahren in den Alpen verunglückt ist. Sein Comedy-Programm «Der Flüchtling Ihres Vertrauens», das er in sei-

nem letzten Lebensjahr mehrfach in Österreich aufgeführt hat, ist in dem Band erstmals verschriftlicht.

Der lange Winter der Migration, Erzählungen, Comedy, Essays in Arabisch, Farsi und Deutsch. Herausgegeben von Lisa Bolyos und Natalie Deewan. Mit Texten von Rasha Abbas, Hamed Abboud, Pooyan Moghaddassi, Asiyyeh Panahi, Jad Turjman

Korrektur Verlag / PEN Edition, 25,00 € [A]

www.korrekturverlag.com/titel/der-lange-winter-der-migration



Die indigene Bewegung

Als die zapatistische Armee am 1. Januar 1994, nach 70 Jahren Herrschaft der «Partido Revolucionario Institucional», ihren Aufstand in Chiapas begann, rückte die Frage der indigenen Völker in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte in Mexiko. Im Zuge dieses Aufstandes kam es zu Landbesetzungen in Chiapas, aber auch in Oaxaca und Guerrero¹, und zwar durch Bewegungen, die nicht zu den Zapatist:innen gehörten.

In dieser Zeit verstärkte sich die Dynamik der Kämpfe der Indigenen, deren Höhepunkt möglicherweise die Gründung des «Nationalen Indigenen Kongresses» (CNI) im Jahr 1996 war, einer Plattform, welche die Kämpfe der Indigenen auf dem gesamten mexikanischen Staatsgebiet koordinieren soll. Diese Bewegung setzt die historischen Kämpfe der indigenen Bäuerinnen und Bauern fort, von denen einige bis zur mexikanischen Revolution von 1910 zurückreichen, und erneuert sie gleichzeitig. Doch auch deren Unterdrückung geht weiter², ebenso wie die Militarisierung der Gesellschaft.

Zwischen 2006 und 2010

Im Jahr 2006 verstärkten die Bewegung gegen den Bau eines Flughafens mit der Verteidigung des Gemeindelandes in Atenco sowie die «Kommune von Oaxaca» – trotz brutaler Repression – die Kämpfe um kollektives Land und die Dynamik der Wiederaneignung der indigenen Kultur und ihrer Rechte. Ab 2006 eskalierte die bewaffnete Gewalt in Mexiko

unter der Ägide von Präsident Felipe Calderón (katholische Rechte), als er den «Krieg gegen den Drogenhandel» ausrief. Es kam zu einem explosionsartigen Anstieg von Toten, Verschwundenen und Massakern. Diese richteten sich nach wie vor hauptsächlich gegen die am stärksten benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsschichten, d. h. gegen die Indigenen, aber auch gegen die nicht-indigenen Armen oder die Migrant:innen aus Mittel- und Südamerika, die versuchten, über Mexiko in die USA zu gelangen³. Ich zitiere aus dem Sammelband «Mexique, une terre de disparus» (Mexiko, ein Land der Verschwundenen): «Seit 2006 hat sich die Zahl der Militärangehörigen verdoppelt, insbesondere dank der Unterstützung durch nordamerikanische Militärberater und der Bereitstellung hochentwickelter Ausrüstung durch das Weisse Haus (Bell UH-1H-Hubschrauber, Detektionsgeräte, Drohnen, elektronische Geräte), der Ausbildung der mexikanischen Gendarmerie durch die französische Gendarmerie, dem legalen Kauf von Waffen, beispielsweise in Deutsch-

land, die dann illegal in den gefährlichsten Gebieten zirkulieren, wie es bei den M36 von Heckler & Koch der Fall war, die in Guerrero und Michoacán gefunden wurden. Die Armee bewirkt auch eine qualitative Veränderung der militärischen Intervention durch die Militarisierung der Gesellschaft und die Ausweitung der militärischen Befugnisse im zivilen Bereich, insbesondere um Durchsuchungen ohne Haftbefehl durchzuführen.»⁴ Trotz oder gerade wegen dieser direkten Konfrontation mit dem Staat und seinen mehr oder weniger legalen Hilfstruppen an vielen Orten in Mexiko bleiben die Kämpfe zur Verteidigung des Gemeindelandes stark, und in dieser Zeit entstehen sogar überraschende Initiativen, wie die Schaffung oder vielmehr die Stärkung der Gemeindepolizei, die erstmals in den 1990er Jahren entstanden ist.

Die 2010er Jahre

sind sowohl von der Rückkehr der PRI an die Macht als auch von einer verstärkten liberalen Offensive mit verschiedenen Privatisierungsreformen und gross angelegten Infrastrukturinitiativen wie dem «Proyecto Integral Morelos» (PIM)⁵ geprägt. In der sechsjährigen Amtszeit der PRI unter Präsident Peña Nieto wird auch der sogenannte «Krieg gegen den Drogenhandel» wieder aufgenommen und damit die anhaltende oder sogar zunehmende Repression gegen die indigene Bevölkerung an verschiedenen Orten, der von den Indigenen hartnäckiger Widerstand entgegengesetzt wird. Dieser Widerstand hat manchmal einen hohen Preis, wie das Verschwinden der 43 Student:innen aus der ländlichen Lehrerbildungsanstalt von Ayotzinapa am 26. September 2014 zeigt.

Im Jahr 2018 erschütterten zwei wichtige Ereignisse die Dynamik des Widerstands und der Rebellion der indigenen Bevölkerung. Zunächst einmal hatte der Versuch, eine unabhängige indigene Kandidatin für die Prä-



«Wer für das Leben kämpft, stirbt nie.» Foto von der Beerdigung des Umweltaktivisten Samir Flores Soberanes am 20.2.2019. (Reuters)

sidentschaftswahlen aufzustellen, gemischte Auswirkungen. Der CNI hatte auf Initiative der Zapatist:innen nach heftigen internen Diskussionen und Debatten die Idee, María de Jesús Patricio Martínez, genannt Marichuy, als Präsidentschaftskandidatin aufzustellen. Diese Kandidatur war sowohl als Provokation gegenüber der herrschenden Klasse gedacht – denn es war klar, dass der CNI die Machtübernahme ablehnte – als auch als Gelegenheit, eine Vielzahl von Initiativen, Gruppen, Kollektiven und Vereinigungen im Rahmen der Unterschriftensammlung zusammenzubringen.⁶ Und obwohl diese Kandidatur eine grosse Energie freisetzte und zur Gründung von Kollektiven führte, von denen einige bis heute bestehen und in ihren Kämpfen sehr einflussreich sind, hat dieser Aufruf des CNI bereits zuvor bestehende Meinungsverschiedenheiten wiederbelebt. Einige Gruppen oder Gemeinschaften, die sich vehement gegen den Wahlkampf aussprachen, beteiligten sich nicht an der Unterschriftensammlung und reduzierten sogar ihr Engagement innerhalb des CNI. Andere konnten sich mit dieser Initiative identifizieren und setzten sich voll und ganz dafür ein, weil sie an diesen Wahlkampf glaubten. Die Idee dieser Kandidatur als Trotzreaktion hatte nicht das erhoffte Ausmass. Und in diesem Zusammenhang kommt die zweite wichtige Tatsache ins Spiel: die Machtübernahme von Andrés Manuel López Obrador (AMLO), dem ersten sogenannten «linken» Präsidenten Mexikos. Getragen von einer Welle der Begeisterung in der Bevölkerung führte er einige Reformen durch, die tatsächlich Anklang fanden: Erhöhung des Mindestlohns, Verdopplung der Renten, Erhöhung oder Schaffung von Stipendien oder Schulgeldbeihilfen usw. Aber diese wenigen sozialen Krümel zerschellen an der grossen Idee von AMLO: der «4T», der vierten Transformation, die ein Entwicklungsprogramm mit Megaprojekten zur tiefgreifenden Umgestaltung des Landes sein soll.⁷

Während AMLO bestimmte Projekte wie das PIM fortsetzte, initiierte er gleichzeitig das Projekt der Maya-Bahn («Tren Maya») und begann, die alten Ideen eines transozeanischen Korridors in der Landenge von Tehuantepec zu modernisieren und zu verwirklichen⁸. Die Landenge von Tehuantepec wurde bereits durch die seit den 1990er Jahren errichteten riesigen Windparks entsteht. Die Regierung spricht von «Wohlfahrtsprojekten». AMLO bedient sich einer Rhetorik und einer Machtausübung, die als Populismus bezeichnet werden kann, sei es bei seiner täglichen morgendlichen Pressekonferenz oder bei der Durchführung von Pseudokonsultationen der Bevölkerung zu diesen Projekten, die alle das Gemeindeland zerstören. Und in dieser bereits stark militarisierten Gesellschaft ist AMLO nichts Besseres eingefallen, als den Bau und die Verwaltung der Maya- und Transozeanischen Eisenbahn entweder der Armee oder der Marine anzuvertrauen und ihnen damit eine finanzielle Einnahmequelle zu sichern.

Zudem wurde eine Strategie der Spaltung und Kooptierung der indigenen Widerstandsbewegungen umgesetzt, mit dem Ziel, die indigenen Gemeinschaften zu schwächen. Und wenn diese Strategie nicht ausreicht, wird sie durch Gewalt unterstützt, wie die

Ermordung des bäuerlichen Aktivisten Samir Flores Soberanes in Amilcingo (Morelos) am 20. Februar 2019 gezeigt hat. AMLO hatte sich während des Wahlkampfs 2017 gegen das Wärmekraftwerk ausgesprochen, bevor er, nach seiner Wahl, die Meinung änderte. Er ist einer der geistigen Urheber dieses Mordes, weil er Samir Florès während einer seiner täglichen Pressekonferenzen angegriffen hatte und zudem noch sein Andenken beschmutzte. Der Tod von Samir Florès hat die Widerstandsdynamik der Gemeinde gebrochen, die eigentlich eine schöne Geschichte und Tradition des Kampfes hat, die bis in die Zeit Zapatistas zurückreicht.

Die Kooptierung indigener Führer:innen hat leider teilweise funktioniert, wie die Unterstützung der 4T durch Ignacio Del Valle, den historischen Führer von Atenco, beweist. Die Kooptierungserfolge, die mit internen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des CNI zusammenhängen, haben diese wichtige indigene Vereinigung erheblich geschwächt und damit auch die indigenen Kämpfe im ganzen Land.

Die zapatistische Bewegung

Eine Dynamik, die von den Indigenen, in diesem Fall von den Maya, ausging, entwickelte sich jedoch während des gesamten hier beschriebenen Zeitraums weiter und erneuerte sich: Es handelt sich um den Kampf der zapatistischen Bewegung in Chiapas. Trotz allen Verrates (z. B. der Weigerung der Regierung, die Friedensabkommen umzusetzen), trotz der Angriffe oder Verleumdungen und des medienpolitischen Trends, sich von ihr abzuwenden, teilweise aufgrund ihrer Weigerung, an der Machtübernahme teilhaben zu wollen, bleibt die zapatistische Bewegung nach mehr als vierzig Jahren ihres Bestehens und mehr als dreissig Jahren öffentlicher Präsenz von erstaunlicher Kraft und Frische.

Seit mehr als zwanzig Jahren bauen die Zapatist:innen ihre Autonomie auf, entwickeln Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft und regieren sich selbst auf einer Fläche, die etwa so gross ist wie Belgien. Sie analysieren ständig die Lage ihres Landes, aber auch der Welt⁹, greifen punktuell in die mexikanische Politik ein¹⁰ und ziehen sich dann wieder zurück, um den Weg der Autonomie weiterzugehen. Dann «erobern» sie plötzlich symbolisch Europa mit ihrer «Reise für das Leben» oder organisieren Treffen von Frauen, Künstler:innen oder Wissenschaftler:innen. Die zapatistische Bewegung hat während ihres dreissigjährigen öffentlichen Bestehens einen erstaunlichen Erfindungsreichtum und eine grosse Kreativität an den Tag gelegt.

Und es war keine geringe Überraschung, als bekannt wurde, dass die Zapatist:innen im letzten Jahr alle ihre Selbstverwaltungsstrukturen geändert hatten. Nach einem langen Prozess der Analyse und internen Beratung – man spricht von zehn Jahren – beschloss die Bewegung, die bisherige Struktur der Autonomie abzuschaffen.¹² Die Zapatist:innen wollten die bei ihnen entstandene «Pyramide» der Macht abschaffen. So haben sie eine neue, horizontalere Organisation auf der Grundlage einer autonomen lokalen Regierung in den Gemeinden eingerichtet. Sie haben auch eine neue Initiative ins Leben gerufen, die ehrgeizig erscheint, genannt

«das Gemeinsame». Durch «das Gemeinsame» laden die Zapatist:innen alle Menschen, also auch Nicht-Zapatist:innen (mit Ausnahme von Mitgliedern des organisierten Verbrechens) ein, sich an der Verwaltung des Territoriums zu beteiligen, um den kommenden «Sturm» zu überleben, der bereits begonnen hat und eine Allegorie sowohl für den Klimawandel als auch für den politischen Verfall darstellt. Diese neuen Initiativen werden im Rahmen verschiedener Treffen vorgestellt, die über ein Jahr, zwischen Dezember 2024 und Januar 2026, verteilt sind. Es ist noch zu früh, um Lehren aus dieser neuen Organisation zu ziehen, da sie erst seit zwei Jahren besteht. Sicher ist jedoch, dass diese Initiative Energie und Denkanstösse liefert – für die indigenen Bewegungen Mexikos und auch für Emanzipationsbewegungen überall auf der Welt. Die Dynamik der zapatistischen Bewegung zeigt sich nicht nur in ihrer Kreativität und Reaktionsfähigkeit, sondern auch in ihrer Struktur selbst. Bei dem Treffen «Las partes de todo» (Die Teile des Ganzen) vom 3. bis 16. August 2025 im Caracol von Morelia, an dem ich teilgenommen habe, konnte ich, neben einer enormen Mobilisierung der zapatistischen Basis für dieses Treffen (man spricht von 3000 Unterstützer:innen), auch eine sehr starke Präsenz von Jugendlichen und Frauen feststellen – ein Zeichen für die Vitalität der Bewegung.

Cédric Bertaud, Radio Zinzine

1. Chiapas, Oaxaca und Guerrero sind die drei Bundesstaaten im Süden Mexikos mit dem höchsten Anteil an indigener Bevölkerung. Sie werden am stärksten durch den strukturellen Rassismus der mexikanischen Eliten marginalisiert.

2. Massaker von Aguas Blancas: 17 ermordete Bauern, Guerrero 1995; Massaker von Acteal: 45 getötete Indigene, überwiegend Frauen und Kinder, Chiapas 1997; Massaker von El Charco: 11 ermordete Bauern, Guerrero 1998; um nur die blutigsten und symbolträchtigsten Taten zu erwähnen.

3. Ein Beispiel: Massaker an Migranten in San Fernando, Tamaulipas 2010, 116 Ermordete

4. In «Mexique, une terre de disparus, 19 Récits, 2 Enquêtes, 1 Portfolio» (Mexiko, ein Land der Verschwundenen, 19 Berichte, 2 Untersuchungen, 1 Portfolio), Sammelband unter der Leitung von Sabrina Melenotte, Stiftung «Maison des sciences de l'homme» und Institut für Forschung und Entwicklung, 2021

5. Das PIM will die Stromversorgung in der Region Morelos durch zwei thermoelektrische Kraftwerke sowie Gas-, Wasser- und Stromleitungen verbessern, um die Ansiedlung von Fabriken, u.a. von Autofabriken, zu ermöglichen.

6. Um als unabhängiger Kandidat oder Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen in Mexiko antreten zu können, sind 866.593 Unterschriften oder Unterstützungsbekundungen in 17 Bundesstaaten innerhalb von 120 Tagen erforderlich. Die Einführung eines Systems mit Smartphones der neuesten Generation und eines Dispositivs, das eine gute Internetverbindung verlangt, hat die abgelegenen Gemeinden bei der Unterschriftensammlung stark benachteiligt. So konnten nicht alle Unterschriften rechtzeitig gesammelt werden.

7. Die drei vorherigen Transformationen: die Unabhängigkeit von 1810; die Reform von 1857 bis 1861, welche die Trennung von Kirche und Staat einführte, und die Revolution von 1910. Diese drei Ereignisse waren gewaltsame Umbrüche, die mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung endeten.

8. Der Maya-Zug ist ein touristisches Infrastrukturprojekt, das die Halbinsel Yucatán durchquert und zu den bekanntesten Maya-Pyramiden führt. Es wird von Luxushotelkomplexen und anderen Infrastrukturen begleitet. Das Projekt des transozeanischen Korridors stammt aus dem 19. Jahrhundert. Das von AMLO umgesetzte Projekt ist eine Eisenbahnstrecke, die den schmalsten Teil zwischen dem Pazifik und dem Atlantik durchquert, um den Panamakanal zu verdoppeln. Die Bahnstrecken sind fast alle fertig, der Umbau der Häfen von Salina Cruz und Coatzacoalcas für Mega-Containerschiffe steht noch bevor.

9. So organisierten die Zapatist:innen am 13.3.2022 die wohl einzige Grossdemonstration in Mexiko gegen den Krieg in der Ukraine mit 25 bis 30.000 Teilnehmer:innen in sechs Städten in Chiapas.

10. Zum Beispiel: die «Andere Kampagne» im Jahr 2006 gegen die Präsidentschaftswahlen

11. Abgang («Fuera») der Räte der guten Regierung («Junta de Buen Gobierno», JBG) und der MAREZ (autonome rebellische Gemeinden der Zapatist:innen). Die Bewegung stellte verschiedene Missstände fest: einige Fälle von Korruption, eine zu grosse Abhängigkeit, Informationsverluste und schliesslich eine gewisse Hierarchie zwischen den JBG und den MAREZ.

Abschied in La Paz

Der Schweizer Autor Andreas Schwab* erzählt in seinem gerade erschienenen Buch eine sehr persönliche Geschichte. Es geht um Alessandra, seine grosse Liebe in jungen Jahren, und deren frühen Tod.

Die beiden unternehmen in den 1990-er Jahren eine gemeinsame Reise nach Lateinamerika. Der Autor kehrt allein in die Schweiz zurück. Alessandra bleibt in La Paz, weil sie ein Praktikum bei einer Hilfsorganisation absolvieren will. Zwei Monate nach dem Abschied erreicht den Autor die Nachricht des plötzlichen Todes seiner Freundin. Alessandra starb am 27. Oktober 1996 in La Paz in Bolivien an einer Lungenembolie im Alter von 22 Jahren.

Im Zentrum des Buches steht die Frage nach dem frühen Sterben und dem Umgang damit. Das Buch enthält viele wertvolle Überlegungen über Trauer und deren Verarbeitung bzw. Nicht-Verarbeitbarkeit. Doch vor allem erzählt Andreas Schwab das Leben und das unmittelbare Da-Sein im Gefühl der 1990-er Jahre.

Die Lebendigkeit, Direktheit und liebevolle «Frechheit» von Alessandra sind bestechend. Die junge Frau erinnert uns daran, wie das Leben eigentlich sein sollte – frei von Routinen und starren Strukturen. Eine Passage hat mir besonders gefallen, weil sie Alessandras kritischen Geist, aber auch das bereits entstandene Vertrauen zwischen ihr

und dem Autor illustriert: «Wir diskutierten nicht wie zwei verfeindete Parteien, das nicht, dafür sassen wir zu nahe nebeneinander und berührten uns zu oft. Aber die Auseinandersetzung war ernst, wir diskutierten uns in eine Hitzigkeit hinein, die wir irgendwie auch genossen. Einmal warf mir Alessandra vor, ich würde allzu oft uneigentlich reden und sie ironisieren. Meine Argumentation trage paradoxe Züge. Ich würde unbeteiligt ein Wort wie einen Ball in die Luft werfen und schauen, wie der Hund danach schnappte. Jedes ernsthafte Argument löse sich so in eine Spiegelfechterei auf, werde zum Jux. Auf einmal sei nicht mehr klar, wer welche Position vertrete.»

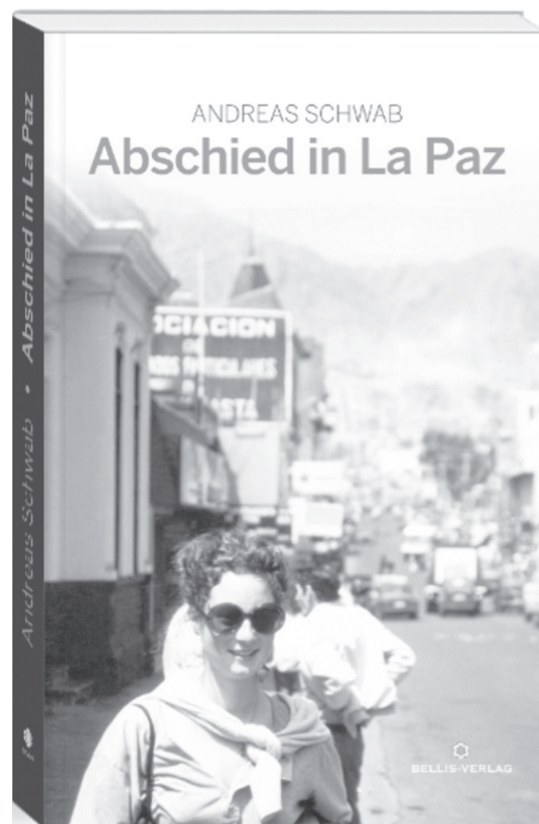
Die Geschichte ist fragend und hinterfragend niedergeschrieben – sehr sensibel, aber nicht sentimental. Auszüge aus den Tagebüchern und Briefen der beiden Liebenden bringen eine wertvolle Unmittelbarkeit und Erlebbarkeit in den ganzen Text. Sie lassen den Leser und die Leserin unmittelbar an der Gegenwart (obwohl vergangen) teilhaben.

Wenn Sie dieses Buch haben möchten, können Sie es mit der Karte, die dieser Ausgabe des Archipels beiliegt, bestellen.

Michael Rössler

Andreas Schwab: «Abschied in La Paz – eine gemeinsame Reise», Bellis-Verlag (www.bellis-verlag.de), Stuttgart 2025, 196 Seiten, Hardcover, 24.90 Euro / 25 CHF

*Autor und Ausstellungsmacher sowie Gemeindepräsident von Bremgarten bei Bern. Publikationen: «Landkooperativen Longo ma: Pioniere einer gelebten Utopie», Rotpunktverlag, Zürich 2013. Bei C.H.Beck, München: «Zeit der Aussteiger. Eine Reise zu den Künstlerkolonien von Barbizon bis Monte Verità» (2021) sowie «Freiheit, Rausch und schwarze Katzen. Eine Geschichte der Boheme» (2024). Im Rahmen des Europäischen Bürger:innen Forums arbeiten wir immer wieder zusammen (siehe «Eine Chance für die Roma», Archipel Oktober 2025).



HERZLICHE EINLADUNG ZU FOLGENDEN LESUNGEN

Zwei Geschichten über den Verlust eines geliebten Menschen und das Leben danach: Autor Andreas Schwab liest aus seinem neuen Buch «Abschied in La Paz – eine gemeinsame Reise» und Archipel-Mitarbeiter Michael Rössler aus seinem Roman «Kains Aufzeichnungen»*. Nach der Lesung: Gespräch mit den Autoren und dem Publikum moderiert von Doris Braune, Bellis Verlag.**

SCHWEIZ: Am Sonntag, den 30.11.2025, um 10.30 Uhr in Basel – musikalische Literatur-Matinée im Longo-mai-Haus, St. Johannis-vorstadt 13. Gitarre und Gesang: Julia und Ioanes.

DEUTSCHLAND: Am Freitag, den 21.11.2025, um 18.00 Uhr in Stuttgart – Plattsalat West, Gutenbergstrasse 77a. Ausserdem nimmt der Bellis-Verlag an den Stuttgarter Buchwochen vom 13.11.2025 bis zum 30.11.2025 im Haus der Wirtschaft, Willi-Bleicher-Straße 19 teil.

* Siehe: www.bellis-verlag.de/produkt/kains-aufzeichnungen

**Der Verlag veröffentlicht hauptsächlich Bücher zur Frauenheilkunde, doch seit kurzem auch literarische Werke unter der Rubrik «Von Zeiten und Welten». Er hat auch den Vertrieb von «Ökozid – Konzerne unter Anklage», einem Sachbuch vom Europäischen Bürger:innen Forum über das Monsanto Tribunal von 2016, für Deutschland übernommen.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischynje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org